

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Lebensmittel-, Süßwaren- u. Backwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erste Erscheinung jeden Donnerstag  
Redaktionsstempel Montag morgen 10 Uhr

Interaktionspreis pro freigelegter Postzelle Mk. 1, für die Zeitungen 30 Pfg.

## ◆ 1918. ◆

Zu Beginn des Jahres 1918 war noch kein Ende des schrecklichen Notens der Völker abzusehen. Wohl hatten sich die Stimmen vermehrt, die angesichts der Sinnlosigkeit weiteren Blutvergießens den Frieden forderten und anstrebten, aber diese Stimmen schienen achlos zu verhallen, und auch der Abschluß des Friedens mit Rußland, der günstige Gelegenheit zum Frieden mit den Westmächten bot, übte keinen entscheidenden Einfluß auf die Kriegspolitiker der Völker aus. Und doch wurde mit jedem weiteren Kriegstag das Verlangen nach Wiederherstellung des Friedens größer, besonders bei uns in Deutschland, wo sich die Lebensverhältnisse mit jedem weiteren Kriegsmonat schlechter gestalteten. Es mag daran erinnert werden, daß wir schon im März 1916 zur Rationierung des Brotes übergehen mußten, um eine Regelung der knappen Vorräte zu erzielen; Mitte 1916 mußten Fett, Eier, Kartoffeln, Milch und Fleisch rationiert werden. Brot konnte anfänglich ein halbes Pfund täglich gegeben werden, teilweise mußte man jedoch bis auf 175g herabgehen; Fleisch gab es nur ein halbes Pfund, später 200g pro Woche. Milch war in den Großstädten bald nur für Kranke und Kinder zu haben, und für diese sehr knapp. Eier, Käse, Butter und andere Lebensmittel wurden rationiert, was den Markt und verlor sich in die Kamme des Schwarzhandels; wieder andere Waren, z. B. Hülsenfrüchte, waren von der Lebensmittelverwaltung beschlagnahmt und für die Bevölkerung nicht zu haben.

Zu diesen Mitten kam der Hungergeist vieler Volksgenossen, die den Krieg und die damit verknüpften Umstände als willkommenes Objekt zur Füllung ihrer Geldschänke betrachteten. Jede Lohnsteigerung, jeder Teuerungszuschlag wurde durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes wirkungslos. Die Politik des Kriegsernährungsamtes, durch eine Preissteigerungspolitik eine Erhöhung der Produktion zu erzielen, führte zu einer Schrambe ohne Ende in der Verteuerung der Lebensmittel. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterland zum Opfer brachten, wurden ihre Angehörigen — zur ewigen Schande unserer Zeit — von eigenen Volksgenossen ausgebeutet. Unter diesen Umständen litten Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige des Mittelstandes in gleicher Weise, und die Empörung gegen diese Zustände steigerte sich immer mehr und schloß sich anfänglich Laßt in spontanen Arbeitsniederlegungen und Revolten. Der Jammer des Volkes wuchs sich gegen die Wucherer aller Art. Nicht nur die Lebensmittel waren mangelhaft im Preise gestiegen, auch für Kleidung, Schuhe, Mäntel und Haushaltsgegenstände mußten und müssen heute noch Phantasiapreise gezahlt werden; dazu trat eine gewaltige Steigerung der Wohnungsmieten. Vergeblich wehrten sich Erhaltung- und Ordnungswille des einzelnen gegen das Verhängnis, das alle Erbarmnisse aufhob und das nackte Leben in Gefahr brachte; denn mit dem wirtschaftlichen Niedergang ging ein Verfall der Kräfte, Krankheit und Siedum waren nicht mehr zutage, die Unterernährung machte sich immer stärker fühlbar, die Sterblichkeit, namentlich der Kinder und alten Leute, wurde immer größer. Die Regierung wurde oft und oft auf die verhängnisvollen Zustände hingewiesen und ermahnt, den Lebensbedürfnissen des Volkes mehr Rechnung zu tragen, mit der Begünstigung der Produzenten zu brechen und eine wirklich ernsthafte Bekämpfung des Schwarzhandels und des Wuchers auf allen Gebieten zu vollziehen. Alles vergebens. Die Regierung wollte oder konnte nicht gegen die wahnsinnigen Preissteigerungen aufstehen; sie hatte nicht den Mut und nicht die Macht, den Schwarzhandel zu unterbinden, die Erzeuger stark anzufassen und durch Beschlagnahme aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel zu schaffen.

### Herzlichen Glückwunsch zum bevorstehenden Jahreswechsel

den Mitarbeitern unseres Fachblattes und allen Mitgliedern des Verbandes, Genossen und Freunden, die unsere gute Sache tatkräftig und uneigennützig gefördert haben!

### Herzlichen Glückwunsch

auch noch besonders den Zurückgekehrten, die nun dem organisierten Menschenmord endlich erlöst wurden und das neue Jahr nun in einer neuen Heimat begrüßen können, an deren Aufbau sie sehr tätigen Anteil nehmen dürfen. Und denen noch im Geiste unsern Gruß, verbunden mit dem heißen Wunsch, sie alle im neuen Jahre recht bald in unserer Mitte zu sehen, die noch immer den heimlichen Fäden nicht erreichen konnten oder gar noch in Gefangenschaft festgehalten werden. Möge allen bald der Tag der Wiederkehr in den Kreis ihrer Familie und in die Reihen ihrer Berufsorganisation vergönnt sein! —

Die wirtschaftliche Lage wurde verschlimmert durch die lähmende Agitation der Kriegsgewinnler und sonstigen Kriegsinteressenten, die für weitgehende Eroberungsziele schwärmten. Auch die unsichere, schwankende politische Haltung der Regierung in der äußeren und inneren Politik sowie die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Front und des Belagerungszustandes steigerten die Empörung des Volkes. Die Stimmung im Lande übertrag sich selbstredend auch auf die Truppen.

Das Maß kam zum Überlaufen, als unsere Verbündeten infolge der Einsichtslosigkeit unserer Heerführer und ihrer falschen Beurteilung der militärischen Lage nacheinander von uns abfielen.

Unpöblich kam den Phantasten, die den Traum einer Zerstückelung der ganzen feindlichen Welt nicht hatten loswerden können, die Entschiedenheit „Unter dem Druck der allgemeinen Weltgeschichte“ willige Wilhelm II. in eine Einschränkung seiner Macht zugunsten des Parlamentes und forderte auf, daß „Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang nachhaken sollten an den Rechten und Pflichten der Regierung“. Die Folge dieses Erlasses war die Neubildung einer Regierung, deren Programm von der Mehrheit des Reichstages aufgestellt wurde, und die ihr Gepräge erhielt durch den Eintritt von Vertretern der Arbeiter in die Regierung.

Zu dieser Zeit waren auch die großmütigen Leute im Hauptquartier zur Einsicht gekommen, daß die Kriegslage mit hochtönenden Phrasen und in der Einbildung nicht zu ändern ist und Lebensdorf selber stellt die neue Regierung vor die eiserne Notwendigkeit, unter schmerzlichen Opfern die Hand nach dem Frieden auszustrecken.

Während die Regierung Verhandlungen anbahnte, um einen Waffenstillstand zu erreichen, trat das Ereignis ein, das seit den denkwürdigen ersten Novembertagen alle unsere

Sinne jesselt. Von manchernden Katastrophen in Wilhelmshafen und Kiel ausgehend, die fürchteten, kurz vor dem langersehnten Frieden nochmals zur Schlußhand geführt zu werden, verbreitete sich die Revolution gleich einer ungeheuren Sturzwelle in ganz kurzer Zeit über Deutschland. In wenigen Tagen stürzte ein Thron um den andern, mußten die bisherigen Herrscher der deutschen Volkskammer ihre Abdankung erklären. Mühsam vermögen wir heute kaum mehr zu sagen, wie alles Schlag auf Schlag kam. Die bürgerlichen Kreise sind der Meinung, „es sei bei der Revolution alles sehr gut organisiert gewesen“. Soweit wir unterrichtet sind, trifft dies nicht zu. Es gilt vielmehr hier nur das Wort: „Revolutionen werden nicht gemacht, sie sind da!“ Und die deutsche Revolution war einfach da. Das Volk war es müde geworden, sich am Gängelband führen zu lassen, fürchtete auch, daß die Regierung wieder nicht zu einem sehnlichen Frieden kommen werde; die ungeliebte Empörung gegen das alte System kam elementar zum Ausbruch.

Von vielen Seiten wird behauptet, die Revolution habe einen ungünstigen Einfluß auf das Ergebnis der Waffenstillstandsbedingungen ausgeübt. Wir bezweifeln das. Unsere Hände haben viel früher als unsere Maßstäbe unsere zweifelhafte Lage erkannt und mußten, daß sie uns die ärgsten Bedingungen diktieren können. Außerdem wollten sie uns jede Möglichkeit einer nachmaligen Auflehnung nehmen. Heute werden die Führer der Entente einsehen, daß eine solche Auflehnung weder beabsichtigt noch möglich ist. Die Demobilisierung Deutschlands ist fast reiflos vollzogen, und die im Felde gewesenen Millionen feiern zum ersten Male nach vier Jahren Weihnachten als Bürger bei ihrer Angehörigen.

Die politischen Umwälzungen der letzten Wochen sollen in diesem Zusammenhange nicht noch weiter betrachtet werden. Wir beschränken uns auf die wirtschaftliche Revolution.

Der katastrophale militärische Zusammenbruch in Verbindung mit dem Umsturz der bestehenden Ordnung hat unser Wirtschaftsleben vor gewaltige, fast unlösbare Aufgaben gestellt. Um diese zu bewältigen, ist vor allem Klarheit über unsere Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse erforderlich. Dazu muß Einigkeit aller Beteiligten über die tatsächliche Grundlage für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens treten. Die Demobilisierung hat mit einer Mißwirtschaft, die niemand voraussehen konnte, Millionen auf den Arbeitsmarkt geworfen. Gleichzeitig sind Hunderttausende infolge Einstellung der Kriegsarbeit brotlos geworden. Die Festsetzung einer Rindigungsfrist seitens der Regierung und der A. u. S.-Räte für die zu Entlassenden und die Forderung, daß alle Arbeiter wieder dort eingestellt werden müssen, wo sie bei Kriegsausbruch beschäftigt waren, haben die Arbeitslage in den letzten Wochen aber immerhin wesentlich beeinflusst. Nichtsdestoweniger sind zahlreiche Arbeitslose vorhanden, und ihre Zahl wächst stetig. Der größte Teil dieser ist gekennzeichnet durch eine gegen frühere Verhältnisse weitgehende Erwerbslosensursache.

Die größte Belastung unserer Wirtschaft brachte das plötzliche Aufhören der Kriegsaufträge, die völlige Einstellung der Industrie bei fehlenden Rohstoffen und bei noch nicht freigegebener Ausrüstung. Dazu trat die Zerstückelung des Reiches, der Rohstoffe, besonders der Kohlenzufuhr und der Fabrikatabfuhr. Um diese Störungen reiflos zu überwinden — ihre Überwindung ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk — müssen alle Kräfte unserer Wirtschaft zusammenwirken. Ein Teil des Volkes hat diese Überwindung leider noch nicht gewonnen, hat noch nicht eingesehen, daß uns nur Ordnung und schmerzige Hebung der Produktion retten kann. Von der Entschiedenheit der Einheitslosigkeit dieses Volksteiles wird es abhängen, ob wir in Kürze zu einem leidlichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft kommen können. Daß wir von einem ganz-

# Rund 10000 neue Mitglieder in den letzten Wochen! Noch sind aber viele Tausende zu gewinnen, ehe die Organisation so ausgebaut ist wie die der Arbeitgeber! Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, verlaßt Euch nicht auf die Zugeständnisse, die Euch jetzt überall gemacht werden; nur eine ganz starke Organisation kann sie Euch sicherstellen!

higen Zusammenbruch nicht weit entfernt sind, weiß heute der größte Teil des Volkes; denn die Regierung hat nicht verfehlt, es allen greifbar vor Augen zu halten. Unsere Lage sei auch ein Bild der Lage der Welt. Die erfahrendsten Kenner schätzen dasselbe vor dem Kriege auf 350 bis 380 Milliarden. Es hat durch den unglücklichen Ausgang und durch die lange Dauer des Krieges eine beträchtliche Verminderung erfahren. Die Kriegsausgaben betragen 160 Milliarden. Unser jährlicher Mehrbedarf an Steuern würde sich bei normalem Fortgang unserer Finanzwirtschaft auf 30 Milliarden belaufen. Zu diesem Bedarf würden die Forderungen unserer Feinde treten, die nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ganz ungeheuer sein werden. Die Entwertung der Marktwährung, die zurzeit etwa 80 vom Hundert beträgt, fällt gleichfalls schwer ins Gewicht, weil dadurch unser Kredit im Auslande sich mindert und die dringend nötigen Rohstoffe teurer bezahlt werden müssen. Die Kreditöffnungen bis zur Revolution sollen 150 Milliarden betragen, ausgegeben durch Kriegsanleihe sind etwa 20 Milliarden. Das läßt die Schuld zu, die dem Staat jederzeit zur Einlösung präsentiert werden können.

Der Notenumlauf der Reichsbank, der Privatnotenbanken und der Umlauf von Darlehensloosenscheinen wird rund 38 Milliarden betragen.

Wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß das Kapital durch die Revolution vom Markt verschwindet und der Unternehmungsgeist erlahmt ist. Das bare Geld ist zu einem großen Teil zerstört. Die Banken halten dadurch mit ihrer Kreditkraft zurück, wodurch neue Schwierigkeiten hervorgerufen werden. Die Regierung kann zwar durch intensive Finanzmaßnahmen der Notenpresse „Geld“ schaffen, aber diese Art Beschaffung beschleunigt den drohenden Staatsbankrott. Um ihm zu entgegen, gibt es nur den bereits bezeichneten Weg: Alle Kräfte zur Arbeit anspannen, Werte zu schaffen, die uns in die Lage setzen, die ja dringend benötigten Rohstoffe und Nahrungsmittel mit den uns erzeugenden Ueberzeugungsprodukten zu bezahlen.

Der jenseitige Ernst unserer Lage erhält eine besondere Form auch durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Ueberzugsgebiete und wichtiger Rohstoffgebiete. Teils werden sie vom Feinde dauernd behalten, teils verschiedene Jahre besetzt sein. Der Verlust der landwirtschaftlichen Ueberzugsgebiete zwingt uns zu einer Steigerung unserer Nahrungsmittelaufnahme. Wir werden zu diesem Zweck in den kommenden Jahren 5 bis 6 Milliarden jährlich aufwenden müssen. Die voranstehenden rund 20 Milliarden des Kriegsschulden hat einen Ersatzfall von 40 bis 50 Milliarden zur Folge, der künftig gleichfalls vom Ausland geholt werden muß. Für Erze und andere Rohstoffe werden wir künftig etwa 15 bis 17 Milliarden jährlich an das Ausland abgeben müssen. Dies alles sind recht trübe Aussichten auf unsere Finanzwirtschaft. Sie zeigen, daß wir nicht vor dem Staatsbankrott stehen, und daß wir schleunigst Werte erzeugen müssen, um dem Bankrott, der alle Vorkommnisse über treffen würde, zu entgegen.

Diese schließlichen unsere Stellung und unser Ged in einer alles umfassenden sofortigen Vorgehensweise. Sie vergessen dabei, daß auch das sozialdemokratische Parteiprogramm nicht alles sozialdemokratisch ist; es sollen nur die Produktionsmittel in den Besitz der Schwerkraft überführt werden. Diese allerdings richtig; denn sonst würde an Stelle der alten Klassenherrschaft eine neue entstehen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß durch den Weltkrieg die ganze Volkswirtschaft über alle Maßen zerstückelt ist und daß augenblicklich viele Schwierigkeiten in der Gütererzeugung zu gewärtigen sind. Eine Sozialisierung der Betriebe im gegenwärtigen Augenblick würde also der Allgemeinheit keinen Nutzen bringen, die Ueberführung der Produktionsmittel in die Allgemeinwirtschaft kann nicht ohne Erschütterung durchgeführt werden. Solche Erschütterungen kann aber der von uns angeführte Volkswirtschaft zurzeit nicht ertragen, sonst brähe das Land, in dem wir künftig noch länger leben wollen, über unser Köpfe völlig zusammen. Nur eine schrittweise, organische Entwicklung des Wirtschaftslbens kann zur Erhebung der jungen Republik in Deutschland beitragen. Es geht im neuen Jahre, die Grundansätze zu schaffen und neue zu errichten; die Sozialisierung der Betriebe wird dann das Dach bilden, das die Schwächer vor den Stürmen der Wirtschaftskrisen und vor Not und Sorge schützen soll. Die Sozialisierung der Betriebe wird das Dach bilden. Die dahin muß es gehen!

## Bericht von den Lohnverhandlungen im Bezirk Hannover.

Außenstehende Mitglieder müssen den Eindruck gewinnen, daß in unserem Bezirk nichts geschehen ist. Im Gegenteil, was in den letzten Wochen von allen untern Funktionären besonders im Bezirk Hannover und in Celle geleistet worden ist, davon machen sich die Mitglieder kaum einen Begriff. Zunächst ließ es der Vorstand sich angelegen sein, die Fäden der bestehenden Tarifgemeinschaft in den Werksfabriken zu schließen durch Einbeziehung des größten Betriebes am Ort, der Wülfeier Werksfabrik. Nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten ist dieses voll gelungen. Sämtliche Werksfabriken stehen nun mit uns im Vertrag und beziehen ihre Arbeitskräfte durch unsern Arbeitsnachweis. Die Löhne sind sicher nicht glänzende. Der vereinbarte Lohn ist M 52 bis M 55. Er bedeutet aber doch im Vergleich mit den bisherigen Verhältnissen eine wesentliche Verbesserung. Mit den beiden Väterinnungen sind die Verhandlungen so weit gediehen, daß die Verbände der Innungen mit uns einen Vertrag beraten haben, der nunmehr der Innungsverammlung zur Beschlußfassung unterbreitet wird. Hier sind Löhne von M 45 bis M 48 für Gesellen und M 23 bis M 28 für Arbeiter vereinbart. In der Lehrlingsfrage sind bedeutende Regelungen vorgenommen, und die Innungen haben sich verpflichtet, mit uns einen partiellen Arbeitsnachweis einzurichten. Für die Gesellen ist durch diesen Vertrag eine bedeutende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erzielt worden. In Celle hat sich der Obermeister der Innung gleichfalls bereit erklärt, mit uns ein Vertragsverhältnis vorzubereiten. In der Jubiläumfrage mußte diese unsere Tätigkeit sich zunächst darauf konzentrieren, die zum größten Teil unorganisierten Beschäftigten für unsere Ideen zu gewinnen. Das ist uns erfreulicherweise fast restlos gelungen. Das Organisationsverhältnis bei Wülfeier und Sprengel ist nunmehr ein solches, daß wir in jeder Hinsicht gegen können, die Betriebe gehören voll zu uns. Unsere Bemühungen, in diesen Betrieben ein Vertragsverhältnis zu bekommen, fanden die grundsätzliche Zustimmung der Betriebsräte. Nur erklärten sie, keine Einzelverträge eingehen zu wollen. Sie wollen einen Vertrag mit der Organisation zu schließen. Soweit die Möglichkeit dazu besteht, sind wir hierzu bereit. Der Verband der Werksfabriken ist bereit, aber die Verschleppungsaktion anzuwenden. Es ist die heute nicht möglich gewesen, von diesem Verband eine klare Entscheidung zu bekommen. Nachdem die Organisationsverhältnisse aber so glänzende geworden sind, werden auch diese Widerstände in allerhöchster Zeit beseitigt werden. Die Gesellen der reinen Konditoreien Hannovers haben sich gleichfalls in zwei Versammlungen ausnahmslos unserer Bewegung angeschlossen, und auch für diese Streike werden in nächster Zeit die Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Die Küstärhändler Hannover, etwa 300 an der Zahl, haben bereits in einer Versammlung zu den Verfassungen Stellung genommen. Auch hier wird die Organisation diesen Kollegen die für ihre Verhältnisse notwendige Hilfe angedeihen lassen. Die Firma Krüller in Celle verhält sich unseren Verhandlungen gegenüber noch recht ablehnend. Das Verhalten dieser Firma, welches sich bis auf den letzten Stand unserer Organisation angeschlossen hat, ist aber nicht gewillt, sich diese Zurücksetzung länger gefallen zu lassen. Die nächste Zeit wird bei Krüller sowohl wie bei Linnemann und Sprengel, wenn nicht die bessere Einsicht bei den Unternehmern obliegt, recht erhebliche Differenzen im Gefolge haben. Die Hilbesheimer Kollegen scheinen die Fäden der Zeit überhaupt noch nicht begriffen zu haben. Eine Aufforderung der Bezirksleitung, jetzt ihre Verhältnisse zu ordnen, haben sie bis dato unbeantwortet gelassen. Die Bremer Kollegen handeln genau so kurzschichtig. Sie lehnen eine Väterbewegung in der Fabrikbranche ab, wie in den Väterbewegungen mit dem Bemerkung, sie wollen erst warten, bis die Kollegen aus dem Felde zurück sind. Wir meinen doch, daß es höchste Pflicht der Kollegen ist, allerorts den heimkehrenden Kriegern die Verhältnisse so zu bessern. Rund 7000 neue Mitglieder sind das Ergebnis der gewaltigen Arbeitsleistung unserer Funktionäre. Solche Erfolge geben doch wahrlich neuen Mut zur intensiven Arbeit. Da ist es doch wohl unerlässlich, wenn einige Zahlen immer noch glauben, erst andere Zeiten abzuwarten zu müssen. Den Verlauf des Tarifvertrages mit den beiden Väterinnungen werden wir in nächster Nummer bringen.

## Die Bremer Kollegenschaft zum 15. Dezember und zum Vertragsabschluss mit den Innungen.

Zehntausend haben sich die Kolleginnen und Kollegen zu der Versammlung am Sonntag eingefunden; lange Jahre hat es schon her, daß die Arbeiterkraft aus den Väterinnungen und Konditorien Bremens wieder einmal den großen Teil des Gewerkschaftsgebietes füllte. Bezirksleiter Schartz bezauberte zuerst in längerer Ausführungen die Gegenwart des 15. Dezember für die Arbeiterkraft in den Väterinnungen und Konditorien. Es sei eine große sozialdemokratische Aufgabe, den Kampf um die Rechte der Arbeiter in den Väterinnungen geführt zu haben. Die Arbeiterkraft unserer Betriebe habe darum auch allen Mut, wenn für Mann hinter der sozialdemokratischen Republik zu stehen; denn würden die alten Väterinnungen wieder ans Licht kommen, sei zu befürchten, daß man auch unsern Kampf überlassen und unsern Leistungen wieder nachsehen würde. Ueberzeugung zur Sache des Gewerkschafts nach dem Augenblick, daß die Organisation es als ihre erste Pflicht

betrachte, sobald wie möglich Kollegen in Arbeit zu bringen. Dies sei auch eine der Hauptaufgaben bei den Verhandlungen mit den Innungen gewesen. Noch am Sonntag hätten die Innungen versucht, Vorteile für sich herauszuholen und sich um die Unterzeichnung des Vertrages herumzudrücken.

Der Vertrag mit der Innung sei wieder ein großer Fortschritt in der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen. Besonders wertvoll sei, daß es gelungen sei, ein Verbot der Einstellung von Lehrlingen durchzubringen; auch, daß auf jeden Beschäftigten Gehalt ein Geselle beschäftigt werden müsse. Kost und Logis sei nun auch endgültig abgeschafft. Der Lohn betrage nun für jeden Arbeiter M 60, im ersten Gelehenjahr M 58 pro Woche, für Arbeiterinnen M 55 pro Woche. Ein großer Fortschritt sei es auch, daß die Bezahlung der Lehrlinge geregelt worden sei. Die Lehrlinge bekommen nun im ersten Lehrjahre M 5, im zweiten M 6 und im dritten Jahre M 10 pro Woche; bekommen sie Kost und Logis außer dem Hause, dann erhalten sie einen Zuschlag von M 20 pro Woche. Damit wird den Lehrlingsbüchern schon die Lust am Gehen von Lehrlingen vergehen. Der Anfang sei gemacht, nun müsse die Sache weiter ausgebaut werden. Die Durchführung und Kontrolle des Vertrages sei auch dem Verband in die Hand gegeben; denn die Vertrauensleute, die mit einem Ausweis des Verbandes versehen seien, hätten jederzeit freien Zutritt zu den Betriebsräumen. Damit sei uns die Gewähr geboten, daß das, was abgeschlossen sei, auch durchgeführt würde. Aufgabe der Kollegen sei es, die Vertrauensleute in ihrer Arbeit zu unterstützen.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Pieper, Benede, Janzen und Fischer, die sich alle in zustimmendem Sinne zu den Ausführungen des Referenten äußerten. Dann wurde aus der Versammlung noch der Vorschlag gemacht, am Sonntag, 22. Dezember, vormittags 10 Uhr, wieder im Gewerkschaftshaus zusammenzukommen, um eine Demonstration für die Einführung des Gesetzes über die Arbeitszeit in den Väterinnungen und Konditorien zu veranstalten. Dem wurde von der Versammlung beigestimmt und beschlossen, daß an die Feier sich ein Demonstrationzug anschließen soll.

Der augenscheinliche Erfolg der Versammlung waren 47 Aufnahmen, deren Zahl aber noch größer gewesen wäre, wenn nicht so viel Arbeitslose darunter gewesen wären. Hervorheben wollen wir noch das Verhalten der Bremer Werksfabrik Dr. L. Hanemann, die heute keinen Arbeiter oder Arbeiterinnen mehr einstellt, die bei der Arbeitsannahme nicht ihr Verbandsbuch vorzeigen können. In diesem Betriebe ist heute alles organisiert, auch die Meister, und erklärt die Firma, daß sie nur noch mit der Organisation der Arbeiterkraft verhandelt.

Mit einem begeisterten Hoch auf die freie deutsche Väter- und Konditorienarbeiterschaft schloß diese denkwürdige Versammlung. Den Wortlaut der Vereinbarungen mit den Innungen haben wir wegen Raummangels für nächste Nummer zurückstellen müssen.

## Die Süßwarenarbeiter in Gangermünde

haben am 29. November in einer Betriebsversammlung der Schokoladenfabrik Falter zu den Tagesfragen Stellung genommen. Erschienen waren alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Lehmann referierte über: „Der Achtunderttag und seine Bedeutung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet“. Die Versammlung gab ihren Beifall dadurch zum Ausdruck, daß alle Anwesenden erklärten, unserer Organisation beitreten zu wollen. Sie haben ihrer Erklärung gleich die Tat folgen lassen. Auch wurde dem Kollegen Lehmann von der Betriebsleitung erklärt, daß die Firma von jetzt an nur noch Organisierte beschäftigen wolle. Wir hatten durch den Beitritt der Kollegen der Schokoladenfabrik Falter die Mitgliederzahl unserer Organisation um 65 erhöht. Auch unter den Vädern haben wir einige Fortschritte erzielt, so daß der Erfolg ein sehr guter ist.

## Die Süßwarenarbeiter im Bezirk Halle a. d. S.

ist gleichfalls von der großen Volksbewegung mit fortgerissen worden und kommt zu der Erkenntnis, daß es an der Zeit ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Den Anfang machten die Beschäftigten der Delikatessen Schokoladenfabrik, vormals Gebr. Böhme. In einer gutbesuchten Versammlung traten alle der Organisation bei, so daß kein unorganisierter mehr in dem Betriebe ist. Nach Verhandlungen mit den Vertretern der Firmen Fr. David & Söhne, Halle, Aktiengesellschaft, und Görner & Rühle in Dietrich wurden anschließend gleiche Versammlungen im Betriebe, also richtige Betriebsversammlungen, abgehalten. Auch hier waren gute Erfolge zu verzeichnen. Nach vorausgegangener Verhandlung mit der Firma R. M. o. f. K. K. Aktiengesellschaft, Halle, fand eine Mode für eine Versammlung statt, in der 30 Beschäftigte dem Verbandsleiter traten. Mit den Schokoladenfabrikanten wurde Führung genommen und über die bekannten Grundzüge verhandelt. Auch bei der Firma Florian Groß war von einer Abneigung gegen die Organisation nichts zu merken. Inzwischen meldeten sich auch aus diesem Betriebe die Kollegen zum Verbandsleiter, so daß auch Herr Groß der Zeit bald Rechnung tragen muß. In zwei außerordentlich gut besuchten Versammlungen der Firma Berger, Pöschel, haben sich alle Beschäftigten in den Verbandsvereinen angeschlossen. Besonders erfreulich war es, daß in der ersten Versammlung die meisten Anwesenden bis in die frühen Abendstunden

auf das Eintreffen des Kollegen Strehler warteten, obgleich viele davon noch einen weiten Weg in die umliegenden Ortschaften zurücklegen hatten. Am 14. Dezember wurde eine Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Maugion, Saalfeld, abgehalten. Auch hier mussten die Besucher erst eine Gesundheitsprobe bestehen, weil die Versammlung zu der angelegten Zeit nicht stattfinden konnte. Trotzdem traten alle geschlossen dem Verbande bei. Zu wünschen wäre, daß der gute Geist in den Fabriken weiter nach bleibt. Die in allen Versammlungen bekundete Begeisterung dürfte der Beweis dafür sein, daß mit dem bisherigen Schlandrian für immer gebrochen ist.

**Verhandlungen mit der Bäckerzweiginnung Halle a. d. S.**

führen zu dem Ergebnis, daß eine Zunungsveranstaltung unsere Forderung: Mindestlohn M 18 bei freier Kost und freiem Logis (hierfür werden M 20 in Anrechnung gebracht) und M 3 Zulage für die, die diesen Lohn oder darüber hinaus schon haben, anerkannte. Am 1. April 1919 erfolgt abermals eine Zulage von M 1,50, und dann gilt diese Vereinbarung bis zum 1. Oktober 1919. In dem uns hierüber zugegangenen Schreiben kommt nicht klar zum Ausdruck, daß gegangenen Schreiben kommt nicht klar zum Ausdruck, daß die Organisation als die Vertretung der hiesigen Bäcker-Gesellen anerkannt wird. Auch die Verhandlungen mit dem Zunungsvorstand ließen nicht erkennen, daß dieser seinen alten, rüchständigen Standpunkt verlassen will; er wird das aber müssen, wenn auch ungewollt. Und nun, Kollegen und Kolleginnen, weiter an die Arbeit, bis der letzte uns fernstehende für die Organisation gewonnen ist! Unsere Erfolge werden um so schöner sein.

**Berordnung über die Entlohnung und Errichtung von Fachauschüssen im Bäckerei- und Konditoreigewerbe.**

(Vom 2. Dezember 1918.)

Wir beachten in letzter Nummer den Abdruck dieser Verordnung, waren aber in Ermangelung eines amtlichen Textes auf die Wiebergabe der Veröffentlichung eines Fachblattes angewiesen. Es hat sich herausgestellt, daß in diesem Fachblatt leider eine für uns sehr wichtige Bestimmung der Verordnung nicht mit abgedruckt worden war; wir sind deshalb gezwungen, dies nachzuholen, und halten es für das Richtige, alle Paragraphen nochmals im Zusammenhange zu bringen. Die ausgefallenen gewesenen Sätze haben wir im Druck hervorheben lassen.

§ 1. Die infolge der Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 28. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1329) eintretende Beschränkung der Arbeitszeit berechtigt den Arbeitgeber nicht, den von ihm beschäftigten Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen und sonstigen gewerblichen Arbeitern Abzüge von der vereinbarten Entlohnung zu machen. Ist Stücklohn vereinbart, so erhöhen sich die vereinbarten Lohnsätze derart, daß in acht Arbeitsstunden der gleiche Lohnbeitrag erzielt wird, der bisher auf einen regelmäßigen Arbeitstag entfiel.

§ 2. Die Kommunalverbände, denen nach den §§ 58, 74 der Reichs-Gesetzbl. vom 28. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 434) die Verteilung von Mehl an Bäcker, Konditoren und Kleinhändler obliegt, haben für ihren Bezirk je einen Fachauschuß für das Bäckerei- und Konditoreigewerbe zu errichten.

§ 3. Der Fachauschuß besteht aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern, die von der Vertretung des Kommunalverbandes ernannt werden.

Der Vorsitzende muß die erforderliche Sachkunde besitzen, darf aber weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer des Bäckerei- und Konditoreigewerbes sein. Die Beisitzer sind je zur Hälfte aus dem im Bezirke tätigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dieses Gewerbes zu entnehmen. Dabei sind Personen, die von denen im Bezirke bestehenden Berufsvereinigungen des Bäckerei- und Konditoreigewerbes vorgeschlagen werden, nach dem Verhältnis der Zahl der im Bezirke tätigen Mitglieder der vorliegenden Vereinigungen zu berücksichtigen.

Für den Vorsitzenden und die Beisitzer hat die Vertretung des Kommunalverbandes unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen im Absatz 2 je einen Stellvertreter zu ernennen.

§ 4. Die Fachauschüsse sind vor Erlass wichtiger Anordnungen, die das Bäckerei- und Konditoreigewerbe ihres Bezirkes, insbesondere die Lohnverteilung betreffen, zu hören. Sie haben bei der Regelung des Lehrlingswesens im Bäckerei- und Konditoreigewerbe mitzuwirken und die Befähigung der auf diesem Gebiete bestehenden Lehrkräfte, namentlich unter Anrufung der Gewerbeaufsichtsbeamten, herbeizuführen. Auch im übrigen können sie Wünsche und Anträge, die sich auf die Verhältnisse des Bäckerei- und Konditoreigewerbes beziehen, beraten und zur Kenntnis der zuständigen Behörden bringen.

§ 5. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft. Sie tritt am 15. Dezember 1918 in Wirkung.

Berlin, den 2. Dezember 1918.  
Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.  
Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes: Bauer.

Brandenburg a. d. S. 117,22, Frankfurt 1035,20, Gießen-Weclar 22,45, Zeil 157,85, Mannheim 378,75, Kaiserlautern 7,70, Karlsruhe 13,80, Landshut 230,15, Apolda 72,60, Schwerin 46,40, Cassel 421,55, Erfurt 82,70, Dortmund 324,70, Jena 68,35, Leisnig-Böhlen 42,10, Bielefeld 734,25, Braunschweig 123,05, Sildenscheid 28,30, Hirschberg 77, Dresden 2682,60, Berlin 8792,10.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: M. Sch. Willstod M. 18, R. B.-Neuzelle 5,80, W. R.-Lauenburg 19,40, W. R.-Schwerin 9,60, G. R.-Pöthen 142,40, F. S.-Thorn 35,20, F. R.-Parthum 17,50.

Mit der Hauptkasse reitieren für November: Amberg, Bad Reichenhall, Grefeld, Darmstadt, Görlitz, Haderleben, Harburg, Hamburg v. d. S., Limbach, Lörrach, Mainz, Regensburg, Rißtringen, Schweinfurt, Straubing, Tangermünde, Traunstein, Wiersen und Waldburg.

Abrechnung ohne Geld gesandt: Dauszig und Königsberg. Geld ohne Abrechnung gesandt: Sonneberg, Striegau, Eplingen und Freiburg i. Br.

Der Hauptkassierer: O. Freitag.

**Aus den Bezirken.**

Hirschberg i. Schl. Die Adresse des Kassierers ist: Hermann Köbler, Konsumbäckerei in Gundersdorf.

**Kriegsverluste des Verbandes.**

Bezirk Chemnitz. Robert Hochmuth, Bäcker, 26 Jahre alt, im Lazarett gestorben. Ehre seinem Andenken!

**Lohnbewegungen und Streiks.**

**Bäcker.**

Tarifabschluß mit der Bäckerinnung Simbach i. S. Mit dem Zunungsvorstand wurde nachstehender Tarif abgeschlossen, der sich auf sämtliche Bäckereien und Konditoreien erstreckt, die zum Zunungsbezirk gehören:

- 1. Die jetzt gezahlten Löhne erfahren eine Erhöhung von M 5 für die Woche unter Anrechnung der Zulagen seit 1. September 1918.
  - 2. Der Mindestlohn für Gesellen bis 20 Jahre beträgt M 35 in der Woche.
  - 3. Gesellen über 20 Jahre alt erhalten einen Mindestlohn von M 41.
  - 4. Die in Ziffer 1-3 geordnete Erhöhung versteht sich bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden.
  - 5. Wird an Sonntagen gearbeitet, so ist auf diese Arbeitsstunden ein Zuschlag von 50 pSt. zu zahlen.
  - 6. Kost und Wohnung können mit M 20 in Anrechnung gebracht werden, für Kost allein M 16.
  - 7. Die Lehrlingsfrage erfährt folgende Regelung: Ostern 1919 werden Lehrlinge nicht angenommen. Verläßt ein Meisterjohn Ostern die Schule und will Bäcker lernen, kann dieser bei keinem Vater in die Lehre treten. Will ein aus dem Felde zurückkehrender Meister einen Lehrling einstellen, entscheidet der gewählte Auschuß darüber. Mehr als zwei Lehrlinge dürfen in keiner Bäckerei gehalten werden.
  - 8. Die Vereinbarungen treten mit dem 1. Dezember 1918 in Kraft.
  - 9. Abänderungen vorstehender Vereinbarungen sind an vorherige gegenseitige Verhandlungen gebunden. Die Einhaltung der getroffenen Bestimmungen wird von einem Auschuß, bestehend aus drei Meistern und drei Gesellen, überwacht.
  - 10. Der Arbeitsnachweis ist paritätisch. Ein Meister, ein Geselle vermitteln die Arbeitskräfte an einem oder zwei Tagen in der Woche zu bestimmten Tagesstunden.
  - 11. Die Bäckermeister beschäftigen Verbundgesellen.
  - 12. Kriegsbeschädigte Gesellen sollen bei der Arbeitsvermittlung gesondert gegenüber nicht benachteiligt werden.
- Der Vorstand der Bäckerinnung zu Simbach i. S. Obermeister.
- Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Zwischen der Osnabrücker Brotfabrik Wismeyer A.-G. und unserer Organisation, Zahlstelle Osnabrück, ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, dessen Hauptpunkte wie folgt lauten:

- 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist täglich eine achtstündige inklusive einer halben Stunde Pause.
  - 2. Lohn. Der Mindestlohn beträgt pro Woche: a) für Bäcker M 48; b) für Feigmacher M 50; c) für Ofenarbeiter M 51; d) ein älterer Hilfsarbeiter M 48; e) für Hilfsarbeiter über 16 Jahre M 30; f) für Hilfsarbeiter unter 16 Jahren M 30; g) für Arbeiterinnen M 38. Bestehende höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden.
  - 3. Nebenstunden. Nebenstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn sie trotzdem gemacht werden müssen, sind dieselben mit 25 pSt. Zuschlag zu bezahlen. Sonntagsarbeit wird mit 50 pSt. Zuschlag bezahlt.
- Der Tarif enthält ferner Bestimmungen über Gewährung von Ferien; über die Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches; über die Vermittlung von Arbeitskräften (die in den Händen unseres Verbandes liegt und außerdem ausdrücklich vorsieht, daß die vor dem Kriege Beschäftigten ohne weiteres wieder einzustellen sind); über die Einziehung eines Schlichtungsausschusses; über die vollständige Bezahlung der Rassenbeiträge durch den Arbeitnehmer und über Nichtstellenstellung von Lehrlingen in diesem Bezirk. Der Vertrag wurde zunächst auf ein Jahr abgeschlossen.

Lohnbewegung in Dortmund. Am 6. Dezember fand im Hotel „Germania“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Meier über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Gewerbe und über unsere Forderungen an die Verantwortlichen und Zunungen sprach. Der Referent

hielt die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen zunächst herzlich willkommen und forderte sie auf, sich der Organisation anzuschließen. Nur eine starke Organisation könne uns das verschaffen, was wir fordern; denn in unserem Beruf herrschen die denkbar schlechtesten Verhältnisse. Besonders das Kost- und Logiswesen muß vollends von der Bildfläche verschwinden. Das Vorurteil der Arbeitgeber gegen uns ist schon geschwunden; denn bei den jetzigen Verhandlungen erklärten sie, daß wir die berufensten Vertreter unseres Gewerbes seien. Durch die Einwirkungen des Krieges haben wir jetzt bei Kriegsende mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Es gilt also, für die heimgekehrten Kollegen Brot und Arbeit zu schaffen. Daran müssen wir alles aufbieten; es ist aber auch die Mitarbeit aller Kollegen nötig. In allen größeren Städten sind die Bäder schon in Lohnbewegungen eingetreten; auch bei uns in Dortmund wird es Zeit, daß etwas getan wird. Unsere Forderungen an die heutige Zunung lauten: Achtstundentag und sechs tägige Arbeitswoche. Wochenlohn M 65. Nebenstunden sind möglichst zu vermeiden und mit M 2 zu bezahlen. Die Arbeitsvermittlung ist dem Städtischen Arbeitsnachweis anzuschließen, und zwar paritätisch.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und wird die Forderungen an die Zunung einreichen. Alle Kollegen werden aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken. Der Vorstand wird ermächtigt, weitere Verhandlungen mit der Zunung einzuleiten.

Meier appellierte nochmals an die Kollegen, sich an der Mitarbeit zu beteiligen und sich dem Verbande anzuschließen. Es wurden mehrere Aufnahmen gemacht.

**Korrespondenzen.**

**Bäcker.**

Brandenburg a. d. S. Am 9. Dezember fand im Volkshaus eine von familiären Kollegen der hiesigen Militärbäckerei beschickte Versammlung statt. Kollege Gehshold referierte über die Bewegung der deutschen Militärbäcker und die Stellung der Brandenburger Militärbäcker hierzu. In den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen betonte Gehshold, daß nunmehr im neuen Deutschland auch die Militärbäcker einer gänzlich veränderten Sachlage gegenüberstünden. Während früher im Militarstaat der Militärbäcker für seine schwere Arbeit ein Spottgeld erhalten habe, sei es ihm heute möglich, genau wie der Bäcker im privaten Betrieb, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Es habe aber auch nun nach der statigehabten Revolutionisierung ein jeder die Pflicht, sich zu organisieren; denn nur die Organisation verbürge die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Errungenen. Nachdem die Erschienenen sich recht regen an der Diskussion beteiligt und beiont hatten, mit den Ausführungen Gehsholds einverstanden zu sein, erfolgte die Wahl der Betriebsvertrauensmänner. Kollege Meier erwähnte noch einbringlich, die Mitgliedschaft nicht wieder verlieren gehen zu lassen und erläuterte die Ziele und Zwecke des Verbandes. 50 Militärbäcker sind der Organisation beigetreten.

**Spätestens am 28. Dezember ist der 1. Wochenbeitrag für 1919 (29. Dezember bis 4. Januar) fällig.**

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**

- Samstag, 29. Dezember:**  
Jünnau: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Rißtringen-Wilhelmshaven: Bei Dudenberg, Rißtringen 1, Peterstr. 86. — Saarbrücken 3: 6 Uhr, Bleichstr. 6.
- Sonntag, 5. Januar:**  
Dortmund: 3 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße. — Duisburg: Vorm. 10 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Rennkirchen (Saar): 3 Uhr, in Böhmerhallen, Hilttenbergstr. 48. — Osnabrück: Vorm. 11 Uhr bei Müller, Lothstraße. — Suhl: 3 Uhr in „Domberg's Ansicht“.

**Anzeigen.**

**Chepaar Filiale zu übernehmen.**  
wünscht  
Adr.: Rudolph, Hamburg 27, Nöhrendamm 142, 1.

**Kaffee-Ersatz**  
Is. in 1-Pfd.-Pack. Genehm. Preis M. 4.— d. Pfd. Postpack. M. 32.— fr. Nachn. Oskar Kühlersen., Steinheid (S.-M.).

**la. Holz-Streumehl**  
a Zentner M. 17 mit Lutesack, bei 10 Zentnern a Zentner M. 16 inklusive Sack, bei 100 Zentnern a Zentner M. 14 inklusive Sack, ab Station Leipzig empfehlen  
**Liebing & Co., G. m. b. H.**  
[M. 8] Leipzig-N. 5, Kohlgartenstr. 8. Tel. 2290.

**„Ruchenrutsch“**  
bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen.  
Probeflin M. 7,50, von 5 kg an a M. 7. Sehr zu empfehlen!  
**Liebing & Co., G. m. b. H.**  
Leipzig-N. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

**Verbandsnachrichten.**

**Drittung.**

Vom 16. bis 21. Dezember gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:  
Für November: Stettin M. 224,55, Hof 37,85, Solingen 100,55, Schmölln 20,20, Cöln 722,85, Weiskirchen 35,21, Chemnitz 645,65, Witaau 67,40, Weiskirchen 31, Leipzig 1136,95, Dessau 31,05, Magdeburg 56, Kiel 415,25, Bückeburg 671,40, Kösnitz i. Erzgeb. 79,40, Elberfeld 367,95, Herford 287,05,

